Von Regierung genehmigt

Zwei OKP-Verträge mit nichtärztlichen Leistungserbringern

VADUZ Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 19. Juni zwei Tarifverträge genehmigt, die vom Krankenkassenverband (LKV) mit Leistungserbringern im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) abgeschlossen wurden, teilte das Ministerium für Gesellschaft am Freitag mit. Demnach wird dadurch einerseits die Abgeltung von Leistungen der Ernährungs- und Diabetesberatung mit der Diabetes-Gesellschaft Glarus-Graubünden-Liechtenstein neu geregelt. Andererseits wird ein Tarifvertrag mit der Vereinigung freipraktizierender Psychotherapeuten in Liechtenstein betreffend Leistungen von nichtärztlichen Psychotherapeuten abgeschlossen. Die Tarifverträge treten rückwirkend ab Dezember 2017 beziehungsweise Januar 2018 in Kraft. Die Diabetes-Gesellschaft erbringt schon seit Langem Leistungen der Ernährungs- und Diabetesberatung in Liechtenstein. Der aktuelle Tarifvertrag ersetzt die entsprechende Vereinbarung von 2003. Die Tarifstruktur wurde wie in der Schweiz festgelegt. Der Taxpunktwert wird bis zum Jahr 2020 schrittweise auf Schweizer Niveau erhöht. Als neue OKP-Leistung umfasst der Vertrag die Fusspflege für Diabetiker, wenn sie von ausgebildeten Pflegefachpersonen durchgeführt wird. In der Vergangenheit bestand für Leistungen der Psychotherapeuten ein gemeinsamer Tarifvertrag zwischen dem LKV und beiden liechtensteinischen Berufsvereinigungen. Mit dem Berufsverband der Psychologinnen und Psychologen Liechtensteins (BPL) wurde bereits im Jahr 2016 ein neuer, separater Vertrag abgeschlossen und von der Regierung genehmigt. Nunmehr hat die Regierung auch die Tarifvereinbarung zwischen dem LKV und dem zweiten Berufsverband, der Vereinigung freipraktizierender Psychotherapeuten in Liechtenstein (VfP), genehmigt. «Hinsichtlich Tarifstruktur und -höhe stimmen die beiden Vereinbarungen überein», hält das Ministerium fest. Nichtärztliche Psychotherapeuten rechnen demnach in der Schweiz nicht direkt mit der OKP ab, weshalb es keinen vergleichbaren Schweizer Tarif gibt. (red/ikr)

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten

SCHAAN Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: redaktion@volksblatt.li. (red)



Aagaschta **ELSTER**

DIA KOGA AAGASCHTA HEN MER ALLI KRIESI GHOLET



Gasversorgung hofft auf ein Comeback der Erdgasbusse

Mobilität Im Jahr 2011 waren noch 32 Gasbusse in Liechtenstein unterwegs, im kommenden Jahr geht diese Ära jedoch zu Ende, dann werden die letzten Busse der Gasflotte ausgemustert. Für die Liechtensteinische Gasversorgung stellt sich daher die Frage: Wie weiter mit den Erdgastankstellen?

VON DORIS QUADERER

er Bau der Gastankstelle im Jahr 2001 in Vaduz war eine leserbriefreiche Zangengeburt: Zwei Millionen Franken hatte der Staat im Jahr 2001 für den Bau einer Erdgastankstelle in Vaduz investiert, damit war das Projekt fast doppelt so teuer, wie ursprünglich geplant. Ausserdem war eine Zufahrtsstrasse nötig, die eine weitere Million kostete. Weil der Wendekreis der Busse falsch berechnet wurde, mussten weitere Investitionen getätigt werden. «Im Nachhinein betrachtet, ist diese Tankstelle sicher überdimensioniert geplant worden», urteilt auch Dietmar Sartor, der seit 2011 Geschäftsführer der Liechtensteiner Gasversorgung ist. Allerdings sei man rückblickend natürlich immer schlauer. Dennoch - das Ufo-ähnliche Gebilde steht nun mal in Vaduz und muss weiter instand gehalten werden. Weitere

Gastankstellen hatte die LGV im Jahr 2007 in Bendern und im Jahr 2008 in Schaanwald in Betrieb genommen. Letztere wurde jedoch wenige Jahre später verkauft. Die beiden anderen sind mittlerweile in den Büchern abgeschrieben, dadurch habe ein Verlust durch den Wegfall der Gasbusse abgefedert werden können, erklärt Dietmar Sartor. Im





«Die LGV investierte in den letzten Jahren in die Erdgasmobilität sehr viel Engagement und finanzielle Mittel.»

DIETMAR SARTOR



Die Erdgastankstelle ist in die Jahre gekommen, eine aufwendige Instandsetzung lohnt sich nur, wenn LIEmobil wieder auf Gasbusse setzen würde. Laut LGV-Geschäftsführer Dietmar Sartor wäre das nach wie vor eine gute Wahl. (Foto: ZVG)

ter Berücksichtigung, dass in den nächsten Jahren Unterhaltsaufwendungen anfallen, muss mittelfristig von einem negativen Ergebnis ausgegangen werden», heisst es dazu im Geschäftsbericht. Wie hoch dieser

> Verlust ausfallen könnte, kann Sartor nicht beziffern. Aber er hat noch Hoffnung: «Wir sehen das positiv und rechnen mit einem Zuwachs von Neuzulassungen den Pkws, wegen des Dieselskandals. Audi hat neu den A3, A4 und A5 als Erdgasvariante auf den Markt gebracht und VW lanciert gerade einen neu-Erdgasmotor für den Golf.» Absichten, eine Erd-

gastankstelle zu schliessen, habe die LGV daher noch nicht. Denn auch die LIEmobil hat Sartor noch immer im Visier: Im Jahr 2020 müssen nämlich neue Linienbusse beschafft werden, der LGV-Geschäftsführer hofft, wird. Ist dies nicht der Fall, dann chen Verkehr zu platzieren, haben zin oder Diesel.

müsse man die Tankstelle in Vaduz wir bislang leider nur teilweise erdefinitiv überdenken.

Umweltschonend und günstiger

Zwar liebäugle die LIEmobil-Geschäftsleitung eher mit Elektro-/Diesel-Hybridbussen, aber Dietmar Sartor ist guter Dinge, die Entscheidungsträger noch umstimmen zu können. Schliesslich gäbe es viele Gründe, die für Gasbusse sprechen würden. So könnten Dieselbusse in Bezug auf die Abgaswerte längst nicht in allen Bereichen mit Gasbussen mithalten. Auch Elektrofahrzeuge seien nur dann sauberer, wenn der Strom wirklich aus erneuerbaren Quellen stamme. Ansonsten würden gasbetriebene Fahrzeuge in der Umweltbilanz noch immer besser abschneiden. Sartor bedauert, dass die Erdgasmobilität in den letzten Jahren nicht den erhofften Markterfolg aufweisen konnte und dass der Erdgasabsatz in Liechtenstein rückläufig ist. Obwohl die Erdgas-/Biogaspreise in Liechtenstein zu den günstigsten in der Schweiz gehörten, habe die LGV in den letzten Iahren den Tanktourismus nach Österreich deutlich gespürt. Denn in Österreich werde Erdgas steuerlich stärker bevorteilt. «Unser Ziel Erdgas/Biogas

reicht», resümiert der LGV-Geschäftsführer. Trotz intensiver Bemühungen und Unterstützungen der Erdgasbranche durch den Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) und aller Gasversorgungsunternehmungen, sei der durchschlagende Erfolg bis heute ausgeblieben. Dies, obwohl die LGV in den letzten Jahren in die Erdgasmobilität sehr viel Engagement und finanzielle Mittel in Marketing, Förderaktionen und Tankstellenunterhalt investiert habe. Ausserdem sei aus ökologischer Überzeugung Anfang Jahr der Biogasanteil im Treibstoff von 10 auf 20 Prozent erhöht worden - dies bei gleichbleibendem Abgabepreis an der Zapfsäule. «Wir sind überzeugt, dass zur Erreichung der Klimaziele, zu denen sich die Schweiz und Liechtenstein verpflichtet hat, auch Lösungen für eine umweltfreundliche Mobilität gefunden werden müssen», so Sartor. Nach dem Dieselskandal seien auch grössere Autohersteller aufgewacht und setzten jetzt viel stärker auf Erdgasmobilität. Finanziell würde sich ein Umstieg für Autofahrer jedenfalls lohnen: Zum einen unterstütze die LGV den Kauf eines Erdgasautos mit 1600 Franken, zum anderen sei der

Kaminfeger

Thurgauer Monopol bald Geschichte

FRAUENFELD Im Kanton Thurgau soll das Kaminfeger-Monopol aufgehoben werden. Die dortige Regierung will das Feuerschutzgesetz entsprechend anpassen. Die Liberalisierung wurde vom Grossen Rat mit einer Motion gefordert. Die Kantonsregierung schickt die Vorlage in die Vernehmlassung, wie die Staatskanzlei am Freitag mitteilte. Bisher arbeiten die Thurgauer Kaminfeger mit Konzessionen ihrer jeweiligen Gemeinde - was einem Monopol gleichkommt. Diese Bestimmung soll aus dem Feuerschutzgesetz gestrichen werden. Gleichzeitig schlägt die Regierung verschiedene weitere Neuerungen vor. Damit will sie das alte Gesetz aus dem Jahr 1994 an verschiedene Entwicklungen anpassen. Das neue Gesetz regelt laut der Medienaussendung in 50 Paragrafen Zuständigkeiten, Schadenverhütung, Feuerwehr, Einsatzkosten und Haftung, Beiträge und Rechtspflege.

